



Bern, 30. März 2023

19.415 Parlamentarische Initiative Arslan

**Den jungen Menschen eine Stimme geben.
Aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-jährige
als erster Schritt ins aktive politische Leben**

Bericht über das Ergebnis des
Vernehmlassungsverfahrens



Übersicht

Am 21. März 2019 reichte Nationalrätin Sibel Arslan (Grüne Fraktion/BS) eine parlamentarische Initiative ein, die Folgendes verlangt: Artikel 136 der Bundesverfassung (BV) sei dahingehend zu ändern, dass alle Schweizerinnen und Schweizer das aktive Wahl- und Stimmrecht haben, die das 16. Altersjahr zurückgelegt haben und nicht entmündigt sind. Am 28. Mai 2020 beschloss die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK-N), der Initiative keine Folge zu geben. Dagegen hiess der Nationalrat den Vorstoss am 10. September 2020 gut. Die Staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK-S) stimmte diesem Entscheid am 1. Februar 2021 zu. Am 15. April 2021 nahm die SPK-N von der Position des Nationalrates Kenntnis, beantragte aber am 5. Dezember 2021 von Neuem, der Initiative keine Folge zu leisten. Der Nationalrat hielt indessen am 16. März 2022 an seinem ursprünglichen Beschluss fest. An ihrer Sitzung vom 1. September 2022 beschloss die SPK-N schliesslich, auf die Initiative einzutreten und den Vorentwurf in die Vernehmlassung zu schicken.

Am 12. September 2022 eröffnete die SPK-N die Vernehmlassung zum Vorentwurf. Bei Ablauf der Vernehmlassungsfrist am 16. Dezember 2022 waren 53 Stellungnahmen eingegangen. Sieben Kantone, die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP), die GRÜNE Schweiz (die Grünen), Ensemble à gauche (EàG) und 17 interessierte Verbände und Organisationen, darunter insbesondere der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und mehrere jugendpolitische Bewegungen, befürworteten den Vorentwurf. 15 Kantone, die Schweizerische Volkspartei (SVP), die FDP.Die Liberalen (FDP), die Mitte, der Schweizerische Gewerbeverband (SGV), das Centre patronal (CP) und eine Privatperson (A.S.) lehnen die Vorlage ab. Die Kantone GE, FR und UR gaben Stellungnahmen ab, ohne für oder gegen die Initiative Position zu beziehen. Der Kanton ZH nahm an der Vernehmlassung nicht teil.

Auf Seiten der Gegnerinnen und Gegner des Vorentwurfs hält es eine Mehrheit für problematisch und wenig kohärent, wenn Personen das aktive Wahl- und Stimmrecht gewährt würde, die zwar das 16. Altersjahr zurückgelegt haben, aber zivilrechtlich noch nicht volljährig sind. Eine Mehrheit ist ausserdem der Ansicht, dass unterschiedliche Altersstufen beim aktiven und passiven Wahlrecht weder sinnvoll noch logisch seien. Während Befürworterinnen und Befürworter der Initiative überzeugt sind, dass das Recht, früher an Abstimmungen teilzunehmen, das politische Engagement fördere, weist die Gegnerschaft darauf hin, dass Jugendlichen bereits heute bestimmte Instrumente zur Verfügung stünden oder dass zusätzliche Instrumente eingeführt werden könnten, die Änderungen der vorliegenden Art überflüssig machen würden. Weiter betonen viele Gegnerinnen und Gegner, dass auf kantonaler Ebene mehrere Versuche, das aktive Wahl- und Stimmrechtsalter auf 16 Jahre zu senken, gescheitert seien. Dies zeige, dass die Kantone bzw. die Bevölkerung dagegen seien. Im Übrigen argumentieren einige, dass Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren nicht über die nötige Reife verfügen, um die politische Verantwortung wahrzunehmen, die sich aus dem aktiven Wahl- und Stimmrecht ergibt. Schliesslich äussern sich viele kritisch in Bezug auf die praktische Umsetzung der Initiative, konkret über die Kosten, welche die unterschiedliche Ausgestaltung der Voraussetzungen für das kommunale, kantonale und eidgenössische Wahl- und Stimmrecht mit sich bringen könnte.

1 Ausgangslage

Das Vernehmlassungsverfahren betreffend die Einführung des aktiven Wahl- und Stimmrechts ab dem vollendeten 16. Altersjahr fand vom 12. September 2022 bis zum 16. Dezember 2022 statt. Die SPK-N lud die Kantone, die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien, die gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete sowie der Wirtschaft und weitere interessierte Organisationen zur Stellungnahme ein.

Bis anhin stehen die politischen Rechte in Bundessachen allen Schweizerinnen und Schweizern zu, die das 18. Altersjahr zurückgelegt haben und die nicht wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche entmündigt sind. Der Vorentwurf senkt das aktive Wahl- und Stimmrechtsalters um zwei Jahre, indem er in Artikel 136 Absatz 1 BV die Altersgrenze von 18 auf 16 Altersjahre herabsetzt.

Als Trägerinnen und Träger von politischen Rechten in Bundessachen könnten Jugendliche, die das 16. Altersjahr zurückgelegt haben, so nicht nur das aktive Stimm- und Wahlrecht ausüben, sondern auch Volksinitiativen oder Referenden lancieren und unterzeichnen. Der Vorentwurf sieht dagegen nicht vor, die aktuell geltende Altersstufe für das Recht zu senken, sich wählen zu lassen; diese bleibt bei 18 Jahren (Art. 143 i.V.m. Art. 136 BV). Zur Umsetzung der betreffenden Unterscheidung bedarf die geltende Regelung über das passive Wahlrecht einer Präzisierung. Konkret muss Artikel 143 BV die Altersgrenze von 18 Jahren erwähnen. Um den Traditionsanschluss an den aktuellen Verfassungstext weitmöglichst zu wahren, behält der Vorentwurf den zweiten Satz von Artikel 136 Absatz 1 BV bei, wonach «alle die gleichen politischen Rechte und Pflichten haben». Der zweite Satz ist entsprechend in Verbindung mit Artikel 143 BV auszulegen.

Die geplante Verfassungsänderung würde die Zahl der wahl- und stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz in der Schweiz um rund 2,4 Prozent erhöhen, was fast 129 000 Personen entspricht.

Im Rahmen der vorliegenden Vernehmlassung haben sich 25 Kantone, 6 politische Parteien und 20 Organisationen sowie weitere Teilnehmer geäußert. Insgesamt liegen dem vorliegenden Bericht 51 Stellungnahmen zugrunde. Zwei Organisationen (**SAV**; **SGV**) haben ausdrücklich auf eine Stellungnahme verzichtet. Schliesslich haben ein Kanton (**ZH**) sowie eine in der Bundesversammlung vertretene Partei (**Grünliberale**) an der Vernehmlassung nicht teilgenommen.

2 Überblick über den Bericht

Der vorliegende Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens zeigt auf, ob der Vorentwurf positiv, negativ oder skeptisch aufgenommen wurde und ob Änderungsvorschläge gemacht wurden.

Im ersten Teil (Ziff. 3) findet sich eine Zusammenfassung der eingegangenen Stellungnahmen. Eine Liste der Teilnehmer, die sich zum Vorentwurf geäußert haben, ist in Ziff. 4 dargestellt. Für Einzelheiten wird auf den Originaltext der Stellungnahmen verwiesen¹.

¹ Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens unter www.admin.ch > Bundesrecht > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2022 > EJPD

3 Wichtigste Ergebnisse

3.1 Kantone

Zustimmende Stellungnahmen

Die Kantone **AR, BE, BS, GL, JU, GR** und **SO** befürworten die vorliegende Initiative. **AR, GL, JU, SO** stehen ausdrücklich hinter dem Vorschlag, die Artikel 136 und 143 BV dahingehend zu ändern, dass das Alter für die Ausübung der politischen Rechte auf 16 Jahre gesenkt wird, während das passive Wahlrecht bei 18 Jahren bleibt. **JU** und **SO** setzen sich ausdrücklich für diese Unterscheidung ein. **BE, BS** und **GR** möchten, dass das Projekt fortschreitet und eine Diskussion auf nationaler Ebene erfolgt.

In den Kantonen **AR, BS, GR** laufen derzeit Projekte zur Senkung des Alters für das Wahl- und Stimmrecht auf 16 Jahre auf kantonaler Ebene. Diese Kantone unterstützen eine solche Initiative deshalb auch auf Bundesebene. **BE, BS** und **JU** sind der Ansicht, dass trotz der erfolglosen Versuche zur Senkung des Alters für das aktive Wahl- und Stimmrecht auf 16 Jahre bei früheren kantonalen Abstimmungen eine Diskussion auf Bundesebene geprüft werden sollte. **GR** schliesst sich dieser Meinung an. Der Kanton **GL** ist der einzige Kanton, der das Wahl- und Stimmrecht ab dem vollendeten 16. Altersjahr auf kantonaler und kommunaler Ebene eingeführt hat. Bisherige Erfahrungen damit beurteilt er grundsätzlich als positiv.

Die Kantone **AR, GL, GR, JU** und **SO** heben als positiven Punkt hervor, dass sich mit einer Senkung des Alters für das aktive Wahl- und Stimmrecht auf 16 Jahre die Beteiligung von Jugendlichen an der Politik fördern lasse. **AR, GL, GR, SO** führen ergänzend aus, dass Jugendliche an Politik interessiert seien und die erforderlichen Fähigkeiten dazu hätten. Die Kantone **GL** und **SO** argumentieren, dass eine höhere Beteiligung die Demokratie stärken werde. Weiter betonen die Kantone **GL, JU** und **SO**, dass die geplanten Verfassungsänderungen das Durchschnittsalter der Wählerschaft etwas senken respektive ausgleichen würde. Für **AR** und **GL** sind die Änderungen auch deshalb gerechtfertigt, weil aktuelle politische Entscheidungen einen grösseren Einfluss auf die Zukunft der Jugendlichen haben. Schliesslich wird laut **GL** und **JU** die frühere Ausübung des aktiven Wahl- und Stimmrechts auch die politische Bildung verbessern und festigen.

JU weist sodann darauf hin, dass Jugendliche ab 16 Jahren bereits Verantwortung in ihrem Beruf oder in einem Verein übernehmen würden. Sie seien berechtigt, über das Einkommen aus ihrer Tätigkeit frei zu verfügen und müssten sich zudem für unerlaubtes Verhalten verantworten.

Im Übrigen anerkennt der Kanton **GR**, dass ein politischer Wille zur Umsetzung dieser Initiative bestehe, der sich insbesondere in den zahlreichen Diskussionen auf kantonaler Ebene zum Thema zeige und auch durch die Unterstützung im Nationalrat und in der SPK-S zum Ausdruck gebracht worden sei. Nicht zuletzt aus diesem Grund möchte er sich der Initiative nicht verweigern.

Ablehnende Stellungnahmen

Die Kantone **AG, AI, BL, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SZ, TG, TI, VD, VS** und **ZG** lehnen die vorliegende Initiative ab. Im Allgemeinen anerkennen sie jedoch, dass es wichtig sei, dass sich junge Menschen für die Politik interessieren und sich daran beteiligen.

Die Mehrheit der Gegner (**AG, LU, OW, SG, SH, SZ, TG, TI, VD, VS, ZG**) erachtet es als problematisch, wenn Jugendlichen das aktive Wahl- und Stimmrecht bereits mit 16 Jahren

gewährt würde, während sie die zivilrechtliche Volljährigkeit erst mit 18 Jahren erreichen. In diesem Sinne argumentieren **AI, NW, OW, SH, TG, TI, VS** und **ZG**, dass Rechte und Pflichten, z. B. aus zivil- und strafrechtlicher Haftung sowie Bürgerpflichten, ausgewogen sein müssen und dass eine solche Unterscheidung daher nicht gerechtfertigt sei. In diesem Zusammenhang hält es **ZG** für widersprüchlich, wenn der Gesellschaft Entscheidungen von minderjährigen Personen zugemutet würden, während man die Jugendlichen selbst von den Konsequenzen ihrer Entscheide weitgehend zu schützen versucht (**TG** teilt diese Ansicht). **OW** befürchtet die Entstehung von «zwei verschiedenen Klassen von Aktivbürgern».

Die Kantone **AG, AI, SG, SZ, TG, VD** und **VS** sind der Ansicht, dass das aktive und passive Wahlrecht eine Einheit bilden und es unlogisch erscheine, sie voneinander zu trennen. **TG** und **VS** sprechen von der Schaffung von Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse. **TG** befürchtet zudem, dass die Umsetzung komplex sei und mittel- bis langfristig zu einem faktischen Eingriff in die Autonomie der Kantone und Gemeinden führen könnte.

Die Kantone **LU, SG, SH, SZ, TG, TI** und **VD** weisen darauf hin, dass es bereits zahlreiche Möglichkeiten gebe, das politische Engagement von Jugendlichen zu stärken. Genannt werden insbesondere die Begleitung durch Familie und Schule, das Petitionsrecht, das kommunale Wahl- und Stimmrecht, die Jungparteien und das Jugendparlament. Gemäss Kanton **ZG** ist nicht einzusehen, weshalb Jugendliche, die mit 16 Jahren politisch interessiert seien, dies mit 18 Jahren nicht mehr sein sollen.

Zahlreiche Kantone geben zu bedenken, dass in jüngerer Vergangenheit identische Vorstösse bei ihnen gescheitert seien, zum Teil sogar mehrfach – konkret: **AG, BL, LU, NE, SG, SH, TG, VD**. Die Kantone **NE, NW, OW, SG, SH, SZ, TG, TI, VS** nennen auch andere Kantone, die mit der Einführung des Wahl- und Stimmrechts ab dem vollendeten 16. Altersjahr in ihrer Gesetzgebung gescheitert seien. Die Regierung von **NE** führt deshalb aus, dass sie angesichts dieses ungünstigen Umfelds die Initiative nicht unterstützen könne. Für **NW** und **VS** ist es notwendig, die politische Entwicklung des vorliegenden Themas in den Kantonen zu verfolgen und ein solches Projekt reifen zu lassen, bevor es auf Bundesebene umgesetzt wird.

Die Kantone **BL, FR, OW, SG, SH** und **TG** bemängeln eine daraus entstehende Uneinheitlichkeit, wenn das aktive Wahl- und Stimmrecht auf Bundesebene ab dem vollendeten 16. Altersjahr gewährt, auf kantonaler Ebene jedoch bei 18 Jahren belassen würde. **BL, OW, SG** und **TG** sind der Ansicht, dass dies zu Schwierigkeiten führen würde und erhebliche Auswirkungen hätte, insbesondere bezüglich Kosten und Zeitaufwand. **SG** fügt ergänzend an, dass ein erhöhtes Fehlerrisiko beim Prozess des Versands des Stimmmaterials entstünde. **BL** und **TG** befürchten Rechtsunsicherheit. **TG** befürchtet zudem, dass die Autonomie der Kantone künftig indirekt beeinträchtigt wird.

SH, SZ, TI und **ZG** sind der Ansicht, dass Jugendliche zwischen 16 und 17 Jahren im Durchschnitt nicht die nötige Reife besitzen, um die mit dem aktiven Wahl- und Stimmrecht einhergehende politische Verantwortung zu übernehmen und so Entscheidungen auf nationaler Ebene zu beeinflussen. **SZ** merkt an, dass es mit der Digitalisierung und der zunehmenden Informationsflut noch schwieriger geworden sei, «Fake News» zu erkennen. Im Gegensatz dazu sind **AG, NW** und **ZG** der Meinung, dass junge Menschen in der Lage seien, das Wahl- und Stimmrecht sachgerecht auszuüben.

Gemäss **OW** tangieren die bei Abstimmungen getroffenen Entscheidungen alle Altersgruppen der Bevölkerung. Entscheidungen, welche die Jugendlichen stärker betreffen, wie z. B. Klimaschutzfragen, können laufend einer Überprüfung unterzogen werden. In diesem Sinne

weist **TG** darauf hin, dass die Fragen, die sich im Rahmen von Abstimmungen stellten, häufig die erwerbstätige Bevölkerung betreffen und somit weniger die Jugendlichen. **SZ** argumentiert, dass der Anstieg des Durchschnittsalters der Wählerschaft nicht unbedingt als Nachteil interpretiert werden sollte. Zudem weist **SZ** darauf hin, dass zwar das Wahlrecht ab dem 16. Altersjahr in anderen Ländern eingeführt worden sei, doch hätten die Abstimmungen in der Schweiz aufgrund ihrer Häufigkeit und der Komplexität der Themen eine ganz andere Bedeutung. **TG** äussert seine Zweifel, dass das Wahl- und Stimmrecht ab dem vollendeten 16. Altersjahr zu einer Verbesserung der politischen Bildung beitragen soll. **TI** ist schliesslich der Meinung, dass das Interesse der Jugendlichen am politischen Leben nicht überschätzt werden sollte, da die meisten bereits über 18 Jahre alt seien, wenn sie sich an Demonstrationen beteiligten.

Weitere Stellungnahmen

Die Kantone **FR**, **GE** und **UR** sprachen sich nicht ausdrücklich für oder gegen die vorliegende Initiative aus, sondern beschränkten auf die Abgabe einer Stellungnahme. **FR** anerkennt das Bestreben, junge Menschen für das institutionelle Leben zu interessieren und ihre Beteiligung am politischen Leben zu fördern, zumal zahlreiche Fragen sie unmittelbar betreffen würden. Die Einführung des aktiven Wahl- und Stimmrechts ab dem vollendeten 16. Altersjahr würde es ihnen somit ermöglichen, sich stärker einzubringen und sich mehr Gehör zu verschaffen. **FR**, **GE** und **UR** geben allerdings zu bedenken, dass in ihrem Kanton ein oder mehrere Vorstösse zur Senkung des Alters für das aktive Wahl- und Stimmrecht gescheitert seien. **FR** erwähnt auch eine gewisse Inkohärenz, die sich aus den unterschiedlichen Voraussetzungen für das aktive und passive Wahlrecht ergeben könnte. **GE** wirft Fragen auf in Bezug auf die praktische Umsetzung des Beschwerderechts bei der Ausübung der politischen Rechte durch 16-Jährige, die noch nicht handlungsfähig sind. **ZH** schliesslich nahm nicht am Vernehmlassungsverfahren teil.

Sonstige Bemerkungen

Die Kantone **BE**, **FR**, **GE**, **JU** und **SO** stellen die praktische Umsetzung der vorliegenden Initiative in Frage, insbesondere die Koordination zwischen dem Wahl- und Stimmrecht auf Bundesebene und dem kantonalen und/oder kommunalen Wahl- und Stimmrecht für den Fall, dass das Alter für das aktive Wahl- und Stimmrecht auf Bundesebene auf 16 Jahre gesenkt und auf kantonaler und/oder kommunaler Ebene bei 18 Jahren belassen wird. Der Kanton **BE** fügt hinzu, dass im Falle einer Umsetzung dieser Initiative im Bundesrecht eine bundesweit einheitliche Regelung gegenüber kantonalen Lösungen zu favorisieren sei. **JU** und **FR** sind der Ansicht, dass es sinnvoll wäre, wenn die Gewährung des aktiven Wahl- und Stimmrechts ab 16 Jahren auf kantonaler und eidgenössischer Ebene koordiniert erfolgen könnte.

BE und **BL** regen ausserdem an, dem neuen Erwachsenenschutzrecht Rechnung zu tragen², und den in Artikel 136 Absatz 1 BV verwendeten Begriff «Geistesschwäche» anzupassen, der nicht mehr aktuell sei. **BL** schlägt sodann eine Neuformulierung von Artikel 136 Absatz 1, 2. Satz BV vor, welcher lautet «Alle haben die gleichen politischen Rechte und Pflichten». Letzterer Satz erscheint ihm trotz des impliziten Verweises auf Artikel 143 BV nicht plausibel.

3.2 Parteien

Zustimmende Stellungnahmen

² Seit dem 1. Januar 2013 (Einführung des neuen Erwachsenenschutzrechts) gelten als vom Stimmrecht ausgeschlossene Entmündigte im Sinne von Artikel 136 Absatz 1 BV Personen, die wegen dauernder Urteilsunfähigkeit unter umfassender Beistandschaft stehen oder durch eine vorsorgebeauftragte Person vertreten werden (Art. 2 BPR; SR 161.1)

Die **SP**, die **Grünen** und **EàG** befürworten den Vorentwurf betreffend eine Senkung des Alters für das aktive Wahl- und Stimmrecht auf 16 Jahre.

Die Parteien **SP** und die **Grünen** sind der Meinung, dass die vorgeschlagenen Änderungen positiv seien, da sie das Interesse und die Beteiligung von Jugendlichen an der Politik fördern würden. Sie weisen darauf hin, dass die in den Abstimmungen getroffenen Entscheidungen deren Zukunft beeinflussen und sie mehr betreffen. Darüber hinaus begrüssen die **SP**, die **Grünen** und **EàG** diese Erweiterung der Wählerschaft, da sie die Demokratie stärken könne. Die **SP** merkt diesbezüglich an, dass sich die wahl- bzw. stimmberechtigte Wohnbevölkerung bloss um rund 2,4 % erhöhen würde. Die konkreten Auswirkungen auf Wahl- und Abstimmungsergebnisse dürften dadurch minimal sein, die demokratiepolitische Wirkung hingegen beträchtlich.

Die Partei **die Grünen** argumentiert mit der demographischen Entwicklung. Demnach liege das Medianalter der Wählerschaft derzeit bei 57 Jahren. Das Wahlrecht für 16- und 17-Jährige würde den Median ausgleichend wieder etwas senken. Sodann weisen die **Grünen** darauf hin, dass Jugendliche ab 16 Jahren bereits über eine Reihe von Rechten verfügen und wichtige Entscheidungen treffen müssen (sexuelle Mündigkeit, Wahl der Religion, Wahl der Ausbildung bzw. des Berufs, Motorradführerschein, Wahl der Organspende, Zugang zu einem Bankkonto). Nach Ansicht der **Grünen** erklärt sich die Festlegung der zivil- und strafrechtlichen Volljährigkeit auf 18 Jahre aus einem Schutzbedarf für junge Minderjährige, der in Bezug auf die Ausweitung des aktiven Wahl- und Stimmrechts auf 16 Jahre keine Rolle spiele. Für die **Grünen** sind Jugendliche an Politik interessiert und haben die Fähigkeit, bei Abstimmungen sachgerechte Entscheidungen zu treffen.

Die **SP** ist der Auffassung, dass die Möglichkeit für junge Menschen, sich früher an politischen Entscheidungen zu beteiligen, der politischen Bildung einen Impuls geben könne.

Die **EàG** schliesslich vertritt die Ansicht, dass die Einführung des aktiven Wahl- und Stimmrechts ab 16 Jahren auf Bundesebene positiv sei, da die Kantone dazu gebracht würden, in die gleiche Richtung tätig zu werden. Die **EàG** und die **SP** weisen auch darauf hin, dass das Wahl- und Stimmrecht im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts ausgeweitet worden sei. Für die **SP** ist das Scheitern ähnlicher Vorstösse zur Senkung des Wahl- und Stimmrechtsalters auf 16 Jahre in mehreren Kantonen kein Hindernis für die vorliegende Initiative, da die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung bisher noch keine Gelegenheit gehabt habe, sich zu diesem Thema zu äussern.

Ablehnende Stellungnahmen

Die **Mitte**, die **FDP** und die **SVP** lehnen die vorgeschlagenen Änderungen ab.

Für die **Mitte**, die **FDP** und die **SVP** gehören das aktive und passive Wahlrecht zusammen. Es macht ihrer Meinung nach keinen Sinn, diese von unterschiedlichen altertmässigen Voraussetzungen abhängig zu machen. Nach Ansicht der **SVP** würde dies zu "Bürgern zweiter Klasse" führen. Die **Mitte** und die **FDP** sind ebenfalls der Auffassung, dass es problematisch sei, politische Rechte zu gewähren, bevor die zivilrechtliche Volljährigkeit erreicht sei. In diesem Sinne sollten die Pflichten, die nach Erreichen der zivil- und strafrechtlichen Mündigkeit zu erfüllen seien, und die Ausübung der politischen Rechte aufeinander abgestimmt sein. Diesbezüglich macht die **SVP** geltend, dass es völlig widersprüchlich sei, einer 16-jährigen Person die Ausübung bestimmter Rechte, wie die Unterzeichnung eines Vertrags, zu verbieten, ihr aber das aktive Wahl- und Stimmrecht zu erteilen.

Die **Mitte**, die **FDP** und die **SVP** weisen darauf hin, dass ähnliche Versuche, das aktive Wahl- und Stimmrecht auf kantonaler Ebene einzuführen, mit Ausnahme vom Kanton GL gescheitert sind. Für die **SVP** ist das Glarner System mit der Landsgemeinde nur schwer vergleichbar mit den eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen. Dies spreche gegen die Einführung des aktiven Wahl- und Stimmrechts ab dem vollendeten 16. Altersjahr auf Bundesebene. Die **SVP** befürchtet zudem hohe Kosten für den Fall, dass die Initiative durchkommt und damit eine uneinheitliche Rechtslage in Bezug auf die Ausübung bestimmter politischer Rechte auf nationaler und kantonaler Ebene geschaffen werde. Die **FDP** ist ebenfalls der Ansicht, dass eine solche Situation wenig Sinn mache.

Darüber hinaus betont die **FDP**, dass es bereits Massnahmen und Mittel gebe, um das politische Engagement von Jugendlichen zu stärken.

Die **SVP** ist der Ansicht, dass nicht das Interesse an der Politik die Gewährung bestimmter politischer Rechte legitimieren sollte, sondern eine Reihe von Gesetzen und Normen, auf denen der Rechtsstaat gründe. Die **SVP** fügt ergänzend an, dass das aktive Wahl- und Stimmrecht ab dem vollendeten 16. Altersjahr zu einem Verlust der Glaubwürdigkeit der Gesetze und damit zu einer Beeinträchtigung der direkten Demokratie führen würde. Schliesslich anerkennt die **SVP**, dass durch politische Bildung die Ausübung des aktiven Wahl- und Stimmrechts gefördert werden könne. Sie ist jedoch der Ansicht, dass das Wahl- und Stimmrecht nicht dazu da sei, die politische Bildung zu fördern.

Sonstige Bemerkungen

EàG schlägt vor, Artikel 136 Absatz 1 BV dahingehend zu ändern, dass auch Personen mit einer psychischen Erkrankung sowie Personen mit einer Niederlassungsbewilligung miteinzu-beziehen seien. Diese Änderung zielt darauf ab, die Anzahl der an der Entscheidungsfindung beteiligten Personen zu erhöhen und somit die Demokratie zu stärken. Die **SP** spricht sich ebenfalls für eine Ausweitung des Wahl- und Stimmrechts auf in der Schweiz wohnhafte Ausländer aus.

EàG regt zudem an, auf eine Änderung von Artikel 143 BV zu verzichten. Dies im Hinblick darauf, das passive Wahlrecht ebenfalls auf 16 Altersjahre zu senken.

3.3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft

Zustimmende Stellungnahmen

Nach Ansicht des **SGB** und des **KV Schweiz** ermöglicht die vorliegende Initiative, die Beteiligung und das Engagement von Jugendlichen an der Politik zu fördern. Für den **SGB** geht mit der Erweiterung der Wähler- und Stimmbürgerschaft eine Stärkung der Demokratie einher. Der **SGB** weist zudem darauf hin, dass sich der Kreis der Stimmbürgerschaft im Laufe des 20. Jahrhunderts erweitert habe und dieser Trend Ausdruck der gesellschaftlichen Entwicklung sei.

Darüber hinaus sind der **SGB** und der **KV Schweiz** der Ansicht, dass die Senkung des Alters für das aktive Wahl- und Stimmrecht auf 16 Jahre den Vorteil habe, das Medianalter der Wähler- und Stimmbürgerschaft etwas zu senken respektive in einem gewissen Masse auszugleichen. Dies ist insofern von Bedeutung, als die Entscheidungen, die das Volk bei Abstimmungen treffe, die Zukunft der Jugendliche besonders betreffen und berühren (Klimapolitik, Altersvorsorge usw.). Der **KV Schweiz** betont zudem, dass Jugendliche zwischen 16 und 17 Jahren interessiert daran seien, sich politisch zu engagieren.

Der **SGB** und der **KV Schweiz** weisen darauf hin, dass 16-Jährige bereits über eine Reihe von Rechten verfügten und bestimmte Pflichten und Verantwortlichkeiten übernehmen würden. Für den **SGB** haben die vorgeschlagenen Änderungen überdies den Vorteil, dass sie die politische Bildung verbessern, indem sie es den Jugendlichen ermöglichen, die erworbenen Kenntnisse direkt anzuwenden.

Der **SGB** bringt ausserdem vor, dass durch die Gewährung des aktiven Wahl- und Stimmrechts für Jugendliche zwischen 16 und 17 Jahren Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention Rechnung getragen würde³. Die betreffende Bestimmung verleiht dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht, dass es seine Meinung in allen Angelegenheiten, die es berühren, frei äussern kann, und dass diese Meinung angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife berücksichtigt wird.

Der **KV Schweiz** hält das Argument, dass die Senkung des Alters für das aktive Wahl- und Stimmrecht auf 16 Jahre in mehreren Kantonen abgelehnt wurde, nicht für überzeugend. Ebenso unzutreffend ist für ihn auch das Argument, dass die zivilrechtliche Volljährigkeit mit der politischen Mündigkeit übereinstimmen müsse. Seiner Ansicht nach ist das aktive Wahl- und Stimmrecht ein kollektives Partizipationsrecht, das keine individuellen rechtlichen oder staatspolitischen Verpflichtungen mit sich bringe.

Der **KV Schweiz** befürwortet ausdrücklich die Unterscheidung zwischen aktivem Wahlrecht und Wählbarkeit (passives Wahlrecht), wie sie in Bezug auf Artikel 143 BV vorgeschlagen wird.

Ablehnende Stellungnahmen

Der **SGV** lehnt die Einführung des aktiven Wahl- und Stimmrechts ab dem vollendeten 16. Altersjahr ab, da er der Ansicht ist, dass dieses politische Recht an die zivilrechtliche Volljährigkeit, die Ehemündigkeit sowie die volle Handlungsfähigkeit gekoppelt sein müsse, für die allesamt eine Altersgrenze von 18 Jahren gelte. Nach Ansicht des **SGV** ist es unlogisch, unterschiedliche Altersgrenzen für die Ausübung dieser verschiedenen Rechte vorzusehen.

Sonstige Bemerkungen

Der **SGB** unterstützt unter Verweis auf seine demokratischen Werte auch die Ausweitung des Wahl- und Stimmrechts auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

3.4 Jugendpolitische Bewegungen, interessierte Organisationen und Privatpersonen

Zustimmende Stellungnahmen

Der **AFAJ**, die **Jugendsession**, das **JUPABE**, der **Junge Rat Basel-Stadt**, die **Jubla**, **NCBI**, die **Junge Mitte**, das **Netzwerk Kinderrechte Schweiz**, die **Pfadibewegung Schweiz**, die **SAJV**, **Sexuelle Gesundheit Schweiz** und **UNICEF** unterstützen die vorliegende Initiative, da sie die Beteiligung und das Interesse der Jugendlichen an der Politik fördere. Diesbezüglich wird eine Studie zitiert, wonach die Wahl- und Stimmbeteiligung langfristig umso höher sein dürfte, je mehr Menschen vor dem 20. Altersjahr ihre erste entsprechende Erfahrung machen. In diesem Sinne argumentiert das **Netzwerk Kinderrechte Schweiz**, dass Jugendliche bereits auf verschiedene Weise an politischen Prozessen teilnehmen würden. Ein Wahl-

³ SR 0.107

und Stimmrecht ab 16 Jahren würde diese Beteiligung anerkennen und fördern. **Pro Juventute** schliesst sich dieser Meinung an und fügt hinzu, dass dadurch ein gewisses bürgerliches Verantwortungsbewusstsein gefördert werde.

Der **AFAJ**, die **Jugendsession**, das **JUPABE**, der **Junge Rat Basel-Stadt**, die **Jubla**, **NCBI**, das **Netzwerk Kinderrechte Schweiz**, die **Pfadibewegung Schweiz**, die **SAJV**, **Sexuelle Gesundheit Schweiz**, **Pro Juventute** und **UNICEF** sind zudem der Ansicht, dass eine Senkung des Alters für das aktive Wahl- und Stimmrecht auf 16 Jahre die Demokratie stärke; namentlich werde dadurch laut der **EKKJ** und der **SAJV** eine höhere Legitimation politischer Entscheidungen ermöglicht.

Die vorgenannten Organisationen und die **Junge Mitte** argumentieren ausserdem, dass aus demografischer Sicht die vorgeschlagenen Änderungen das Medianalter der Wählerschaft bis zu einem gewissen Grad senken könnten. Für die **EKKJ**, die **Junge Mitte**, **Sexuelle Gesundheit Schweiz**, die **Jugendsession** und die **Jubla** kommt hinzu, dass Abstimmungsent-scheide, wie beispielsweise die Klimapolitik, die Zukunft der Jugendlichen stärker beeinflussen können.

Der **AFAJ**, die **Jugendsession**, das **JUPABE**, der **Junge Rat Basel-Stadt**, die **Jubla**, **NCBI**, das **Netzwerk Kinderrechte Schweiz**, die **Pfadibewegung Schweiz**, die **SAJV**, **Sexuelle Gesundheit Schweiz** und **UNICEF** befürworten ausdrücklich die Unterscheidung zwischen aktivem Wahlrecht und Wählbarkeit (passives Wahlrecht), wie sie in Artikel 143 BV vorgeschlagen wird. Einige erachten die volle Handlungsfähigkeit und die volle strafrechtliche Verantwortlichkeit als notwendig, damit eine Person ein Amt in einer Exekutivbehörde ausüben kann.

Der **AFAJ**, die **Jugendsession**, das **JUPABE**, der **Junge Rat Basel-Stadt**, die **Jubla**, **NCBI**, das **Netzwerk Kinderrechte Schweiz**, die **Pfadibewegung Schweiz**, die **SAJV**, **Sexuelle Gesundheit Schweiz** und **UNICEF** unterstützen die vorgeschlagenen Änderungen mit dem Argument, auf diese Weise würde Artikel 12 der Kinderrechtskonvention respektiert und umgesetzt.

Der **AFAJ**, die **Jugendsession**, das **JUPABE**, der **Junge Rat Basel-Stadt**, **NCBI**, das **Netzwerk Kinderrechte Schweiz**, die **Pfadibewegung Schweiz**, die **SAJV**, **Sexuelle Gesundheit Schweiz** und **UNICEF** betonen, dass die Gesellschaft Personen, die das 16. Altersjahr zurückgelegt hätten, bereits gewisse Rechte und Freiheiten gewähre (sexuelle Mündigkeit, Religionsfreiheit), aber auch Pflichten auferlege (grössere strafrechtliche Verantwortung, Sozialversicherungsbeiträge ab 17 Jahren im Falle einer Erwerbstätigkeit). Die Ausübung des Wahl- und Stimmrechts ergänze somit diese Rechte und Pflichten. In diesem Sinne stellt die **Jubla** fest, dass 16-Jährige bereits zahlreiche und vielfältige Verantwortlichkeiten in Vereinen übernehmen.

Für den **AFAJ**, die **Junge Mitte**, die **Jugendsession**, das **JUPABE**, den **Jungen Rat Basel-Stadt**, die **Jubla**, **NCBI**, die **Pfadibewegung Schweiz**, die **SAJV**, die **Sexuelle Gesundheit Schweiz**, die **EKKJ**, **Pro Juventute**, **UNICEF** und den **VSGS** festigt die Senkung des Wahl- und Stimmrechtsalters auf 16 Jahre die politische Bildung, indem sie das Erlangen praktischer Erfahrungen ermögliche. Der **VSGS** weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die aktuelle Reform des Gymnasiums zum Ziel habe, die politische Bildung zu stärken und kohärenter auszugestalten. In dieser Hinsicht wäre die vorliegende Initiative von Vorteil.

Die **AFAJ**, die **Jugendsession**, das **JUPABE**, der **Junge Rat Basel-Stadt**, die **Jubla**, **NCBI**, das **Netzwerk Kinderrechte Schweiz**, die **Pfadibewegung Schweiz**, die **SAJV**, die

EKKJ, Sexuelle Gesundheit Schweiz und **UNICEF** sind der Meinung, dass Jugendliche über das Interesse und die notwendigen Fähigkeiten verfügen, um das Stimm- und Wahlrecht sachgerecht auszuüben.

Die **EKKJ**, die **Junge Mitte** und **Pro Juventute** sind der Ansicht, dass die Integration von Jugendlichen in die Gesellschaft gefördert werde, wenn diese früher an der politischen Entscheidungsfindung beteiligt würden. Die **Junge Mitte** fügt ergänzend an, dass dies das Vertrauen der Jugendlichen in die Demokratie stärke.

Schliesslich ist die **Junge Mitte** der Meinung, dass laufende Projekte auf kantonaler Ebene zur Senkung des Wahl- und Stimmrechtsalters auf 16 Jahre die Umsetzung der vorliegenden Initiative auf Bundesebene nicht verlangsamen sollten. Eine einheitliche nationale Regelung sei besser als verschiedene kantonale Anpassungen und Änderungen. Darüber hinaus sei die Annahme, dass 16-Jährige im Durchschnitt weniger häufig von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen als andere Altersgruppen der Bevölkerung, nicht überzeugend.

Ablehnende Stellungnahmen

Das **CP** ist der Ansicht, dass es "unsinnig" wäre, wenn einer Person die politische Mündigkeit erteilt würde, bevor sie zivilrechtlich die Volljährigkeit erlangt habe. Seiner Meinung nach könne eine Person, die rechtlich nicht in der Lage sei, Verpflichtungen für sich selbst einzugehen, erst recht keine Entscheidungen treffen, die Auswirkungen auf das Land als Ganzes hätten. Letzteres liefe laut dem **CP** darauf hinaus, dass das Wahl- und Stimmrecht als unwichtiger Akt angesehen würde. Die Unterscheidung zwischen aktivem Wahlrecht und Wählbarkeit bestätige diese abwertende Sicht in Bezug auf das Wahlrecht.

Nach Ansicht des **CP** rechtfertige die Tatsache, dass Jugendliche langfristig von bestimmten politischen Entscheidungen besonders betroffen seien, die vorgeschlagene Reform nicht. In diesem Zusammenhang wirft die **CP** die Frage auf, warum die Altersgrenze auf 16 Jahre und nicht auf ein tieferes Alter festgelegt werden soll. Schliesslich bezweifelt das **CP**, dass die geplanten Änderungen den Kreis der Stimmbürger- und Wählerschaft wesentlich erweitern würden, da davon auszugehen sei, dass die Mehrheit der Jugendlichen (einschliesslich junger Erwachsener) wenig Interesse an Politik habe.

Laut einer Privatperson, **A.S.**, verfügen Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren nicht über die politischen Kompetenzen, die für die Ausübung des Wahl- und Stimmrechts erforderlich sind. Im Falle der Einführung der geplanten Änderungen könne dies langfristig negative Folgen für die Wirtschaft und die Gesellschaft nach sich ziehen.

Sonstige Bemerkungen

Nach Ansicht der **Jungen Mitte**, des **Netzwerks Kinderrechte Schweiz** und von **Pro Juventute** muss die politische Bildung entsprechend angepasst und ausreichend erweitert werden, damit Jugendliche aus allen Schichten die nötigen Kompetenzen erwerben können, um das Wahl- und Stimmrecht auszuüben. Laut der **Jungen Mitte** bietet die vorliegende Initiative auch die Chance, die politische Bildung auf der Sekundarstufe I zu fördern. **Pro Juventute** weist darauf hin, dass wahrscheinlich eine Erhöhung der für die Bildung bereitgestellten Mittel notwendig werde. Ausserdem erklärt **Pro Juventute**, dass sie sich aufgrund ihrer Erfahrung in diesem Bereich engagieren könne.

4 Verzeichnis der Eingaben / Liste des organismes ayant répondu / Elenco dei partecipanti

Cantons / Kantone / Cantoni

AG	Aargau / Argovie / Argovia
AI	Appenzell Innerrhoden / Appenzell Rh.-Int. / Appenzello Interno
AR	Appenzell Ausserrhoden / Appenzell Rh.-Ext. / Appenzello Esterno
BE	Bern / Berne / Berna
BL	Basel-Landschaft / Bâle-Campagne / Basilea-Campagna
BS	Basel-Stadt / Bâle-Ville / Basilea-Città
FR	Freiburg / Fribourg / Friburgo
GE	Genf / Genève / Ginevra
GL	Glarus / Glaris / Glarona
GR	Graubünden / Grisons / Grigioni
JU	Jura / Giura
LU	Luzern / Lucerne / Lucerna
NE	Neuenburg / Neuchâtel
NW	Nidwalden / Nidwald / Nidvaldo
OW	Obwalden / Obwald / Obvaldo
SG	St. Gallen / Saint-Gall / San Gallo
SH	Schaffhausen / Schaffhouse / Sciaffusa
SO	Solothurn / Soleure / Soletta
SZ	Schwyz / Svitto
TG	Thurgau / Thurgovie / Turgovia
TI	Tessin / Ticino
UR	Uri
VD	Waadt / Vaud
VS	Wallis / Valais / Vallese
ZG	Zug / Zoug / Zugo

Partis représentés au Parlement / Vertretene Parteien im Parlament / Partiti rappresentati in parlamento

-	Le Centre Die Mitte Alleanza del Centro
EàG	Ensemble à Gauche

PLR FDP PLR PLD	PLR. Les Libéraux-Radicaux FDP. Die Liberalen PLR. I Liberali Radicali PLD. Ils Liberals
Les Verts Die Grünen I Verdi	Les VERT-E-S suisses GRÜNE Schweiz VERDI svizzeri (I Verdi)
PS SP PS	Parti socialiste suisse PS Sozialdemokratische Partei der Schweiz SP Partito socialista svizzero PS
UDC SVP UDC	Union démocratique du centre UDC Schweizerische Volkspartei SVP Unione democratica di centro UDC

Mouvements politiques de jeunesse / Jugendpolitische Bewegungen / Movimenti politici giovanili

-	Jeunes du Centre Die Junge Mitte Giovani del Centro
JUPABE	Jugendparlament Kanton Bern
-	Der junge Rat Basel-Stadt
-	Session des jeunes Jugendsession Sessione dei giovani

Associations faîtières de l'économie qui œuvrent au niveau national / Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / Associazioni mantello nazionali dell'economia

SEC Suisse KV Schweiz SIC Svizzera	Société suisse des employés de commerce Schweizerischer Kaufmännischer Verband Società svizzera degli impiegati di commercio
Usam SGV Usam	Union suisse des arts et métiers Schweizerischer Gewerbeverband Unione svizzera delle arti e mestieri
USS SGB USS	Union syndicale suisse Schweizerischer Gewerkschaftsbund Unione sindacale svizzera

Organisations intéressées / Interessierte Organisationen / Organizzazioni interessate

CP	Centre patronal
CFEJ EKKJ CFIG	Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen Commissione federale per l'infanzia e la gioventù
CSAJ SAJV FSAG	Conseil suisse des activités de jeunesse Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände Federazione svizzera delle associazioni giovanili

DOJ AFAJ DOJ	DOJ - Association faîtière suisse pour l'animation socioculturelle enfance et jeunesse AFAJ - Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz DOJ - Associazione svizzera animazione socioculturale infanzia e gioventù
Jubla	Jungwacht Blauring Schweiz
-	Mouvement scout de Suisse Pfadibewegung Schweiz Movimento Scout Svizzero
NCBI	National Coalition Building Institute Suisse Schweiz
-	Pro Juventute
-	Réseau suisse des droits de l'enfant Netzwerk Kinderrechte Schweiz Rete svizzera diritti del bambino
-	Santé sexuelle suisse Sexuelle Gesundheit Schweiz Salute sessuale Svizzera
SSPH VSGS SSIS	Société suisse des professeurs d'histoire Verein Schweizerischer Geschichtslehrerinnen und -lehrer Società svizzera delle e degli insegnanti di storia
UNICEF	Fonds des Nations unies pour l'enfance Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen Fondo delle Nazioni Unite per l'infanzia

Particuliers / Private/Privati

Alex Schneider, Küttigen (cité **A.S.**)

Renonciation à une prise de position / Verzicht auf Stellungnahme / Rinuncia a un parere

- Union patronale suisse (**UPS**)
Schweizerischer Arbeitgeberverband (**SAV**)
Unione svizzera degli imprenditori (**USI**)
- Association des Communes Suisses (**ACS**)
Schweizerischer Gemeindeverband (**SGV**)
Associazione dei Comuni Svizzeri (**ACS**)